

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 41.

Berlin, den 10. Oktober 1909.

10. Jahrgang.

**Kollegen, trifft die letzten Vorbereitungen zur kommenden Lohnbewegung; betreibt eifrig die Herbstagitatio!**

## Inhaltsverzeichnis.

V. Generalversammlung unseres Verbandes. — Sozialdemokratie und Börse. — Rundschau: Was einem freien Gewerkschaftsbeamten passieren kann, der sich kirchlich trauen lässt. Ausdehnung der Legitimierung ausländischer Arbeiter. Der Verband der katholischen Gefellenvereine. Erhöhte Gewerkschaftsbeiträge. Ein Märchen. Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Besserung auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt. Allerlei Sozialdemokratisches. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Bischofsburg, Detmold, Gerolstein, Hammerstein, Hannover, Marktredwitz, Scherfede, Soest. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Die Invalidenhauspflege. — Soziale Rechtsprechung. — Aus dem Gesamtverband. — Briefkasten. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

## V. Generalversammlung unseres Verbandes.

Münster i. W., 3. Oktober 1909.

Ein prachtvoller Herbsttag begleitete die Delegierten auf ihrer Reise nach der Hauptstadt Westfalens, dem Land der roten Erde, nach Münster. Ein eigenartiges Empfinden weht durch die Seele! Die Natur ist im Absterben begriffen, die Wälder färben sich, und die fleißigen Landleute ernten die letzten Früchte ihrer und der Natur Tätigkeit. Der Rauch der Kartoffelstrohfeuer legt sich gleich einem langgezogenen Hauch auf die Wiesen und Acker und verfängt sich in den Bäumen des Waldes — ein liebendes Bild. Scharen von Vögeln mahnen uns, des Wechsels der Zeit eingedenk zu sein. Was ist's nur, das die Sehnsucht der Menschen zur Herbstzeit viel mächtiger erfasst? Der Drang nach Glück, nach vollkommenem Glück, das ist es. Und diese absterbende Natur gemahnt ja nur zu sehr daran, wie vergänglich alles ist, und daß wahre Befriedigung nicht allein in irdischen, materiellen Dingen zu finden ist. Und nun stößt unser Auge auf ein neues Roggenfeld, dessen junge Saat bereits grünt und sproßt. Die Seele möchte aufstehen, die Hoffnung neuen Lebens steigt vor uns auf — mitten im Untergang. Und was wollen wir, warum trägt uns der Eisenbahnzug nach Münster in rasendem Lauf? Auch wir wollen neue Saat ausstreuen! Was sich überlebt hat und uns nicht mehr frommt, soll ausgeschieden und durch bessere Mittel ersetzt werden; wie es das Interesse des Verbandes und der Mitglieder erfordert. Das sind die ersten Gedanken, die uns auf unserer Reise begleiten.

Es war kein schlechter Griff, daß wir Münster i. W. zum Tagungsort unserer Generalversammlung erwählt haben. Eine vornehme Stadt mit interessanten Bauten und vielen Kirchen. Darunter der fast tausendjährige Dom, eines der bedeutendsten Bauwerke Westfalens, mit dem berühmten und wunderbaren Kunstwerk, der Pieta, von Ahtermann, einem Sohne der Stadt Münster. An die Kämpfe der Reformationszeit erinnern uns die eisernen Rastige an der Lambertikirche, für die unsere Zeit kein Verständnis findet. Die Menschheit ist doch humaner geworden.

Münster ist Univeritäts- und Beamtenstadt. Bei 81 000 Einwohnern ist fast gar keine Industrie vorhanden, und sind die maßgebenden Kreise bestrebt, der Stadt diesen Charakter zu erhalten. Wer freilich aus den rauchgeschwängerten Städten des Industriegebietes nach hier kommt, der atmet ordentlich auf. Ob es aber möglich sein wird, auf immer die Industrie von hier fernzuhalten, das dürfte sehr fraglich sein, denn die Kohlenfelder des westfälischen Gebietes dehnen sich immer mehr nach dem Norden aus. Man kann ja darüber streiten, was für die Arbeiter Münsters besser ist: die Industrie mit ihrer menschenmordenden Tätigkeit, oder die bessere und sicherere Arbeitsgelegenheit. Jedenfalls aber sehnen sie sich danach, da sie der Meinung sind, es würde ihrer Lage dadurch ein besserer Untergrund gegeben. Neue Nahrung wird diesem Wunsche durch die augenblickliche besonders schlechte Konjunktur, die in Münster herrscht, geboten.

Münster hat eine verhältnismäßig starke christliche Gewerkschaftsbewegung, wie Westfalen überhaupt ein guter Resonanzboden für unsere Bewegung ist. Speziell unser Verband umfaßt in Münster fast sämtliche Bauhandwerker.

Ein freundlicher und warmer Empfang wurde den Delegierten unseres Verbandes zuteil. Echtes Westfalentum umfaßt uns, nicht äußerlich überschwänglich, aber tief und wahr. Und wir danken unsern münsterischen Kollegen dafür und hoffen, daß zwischen uns und den Westfalen das gleich gute Verhältnis auf immer bestehen bleiben möge!

Um 1/5 Uhr nachmittags sammeln sich die Delegierten, die bis auf einzelne, die noch unterwegs sind, eingetroffen sind. Kollege Wiebeberg eröffnet die Generalversammlung. Er weist auf die ersten Aufgaben hin, die uns bevorstehen. Die schweren Jahre der wirtschaftlichen Krise sind nicht spurlos an uns vorübergegangen. Sie haben Mängel in unserer Organisation zutage treten lassen, die zu beseitigen unbedingt notwendig ist. Wir müssen unsern Verband den Anforderungen der Zeit anpassen, um seine Schlagfertigkeit nicht zu beeinträchtigen. Das sollten die gewählten Delegierten beherzigen und demgemäß handeln. Er weist ferner auf die bevorstehende Lohnbewegung hin, die ernsteste, von der je das Baugewerbe erfasst worden ist. Bereits Ende dieses Monats oder Anfang des nächsten werden die Verhandlungen beginnen. Er mahnt zu besonderer Vorsicht. Ueber die den Unternehmern zu unterbreitenden allgemeinen Forderungen zum Tarifmuster soll die Generalversammlung beraten und beschließen.

Als Vertreter ausländischer Bauarbeiter sind Kollege v. Wageningen vom holländischen und Kollege Quaquebeke vom belgischen christlichen Bauarbeiterverband erschienen. Ferner war der Redakteur Huising von unserm holländischen Organ anwesend. Kollege Wiebeberg begrüßte die Vertreter unserer ausländischen Bruderorganisationen und spricht den Wunsch aus, daß recht bald das internationale Band uns umschlingen möge.

Kollege v. Wageningen überbringt die Grüße der holländischen Kollegen und hofft, daß die Generalversammlung des deutschen Verbandes den gegenseitigen Interessen, die infolge der Grenzverhältnisse beider Länder besonders wichtig sind, dienen möge.

Kollege Quaquebeke überbringt die Grüße der belgischen Kollegen. Er weist auf die Notwendigkeit internationaler Verbindungen hin und hat den Auftrag seines Verbandes erhalten, mit unserem Verband ein dahingehendes Uebereinkommen zu treffen. In wirksamer Weise erinnert er an die internationalen Kongresse der Bauunternehmer, deren letzter im Mai dieses Jahres getagt hat. Die belgischen Organisationen haben nach der internationalen Konferenz in Zürich eine durchgreifende Reorganisation vorgenommen. Der christliche Bauarbeiterverband hat seine Beiträge verdoppelt. Das hat wohl den Verband 1200 Mitglieder gekostet; aber, so meinte Kollege Quaquebeke, lieber 12 Starke als 24 Schwache. Er wünscht den Verhandlungen, die den beiderseitigen Interessen dienen möchten, besten Erfolg.

Hierauf wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt. Zu Vorstehenden der Generalversammlung wurden die Kollegen Wiebeberg und Schmidt gewählt.

Nachdem Johann Kollege Wiebeberg der verstorbenen Kollegen gedacht hatte, wobei er besonders die Verdienste des Kollegen Kalz-Düren hervorhob, der mitten im Dienste für den Verband tot zum Opferbrach, und nachdem die Delegierten deren Andenken in der üblichen Weise geehrt hatten, wurde die Versammlung auf Montagmorgen vertagt. Während der Tagung darf weder geraucht noch dürfen alkoholische Getränke genossen werden. Wer eine Viertelstunde zu spät zur Sitzung kommt, wird mit 1 Mark, und wer später kommt, mit Entziehung der Speesen für den Tag bestraft.

Des Abends versammelten sich die Delegierten auf der vom christlichen Gewerkschaftskartell Münster arrangierten Begrüßungsfeier. Unter Konzert, Gesang und anderen Darbietungen verlief der Abend in angenehmer Weise.

Der königliche Gewerberat Dr. Förster begrüßte die Delegierten unseres Verbandes. Der Vorsitzende des evangelischen Männervereins, Herr Pfarrer Schüb, wünschte den Bestrebungen unseres Verbandes herzlichsten Erfolg, da er persönlich verhindert war zu erscheinen. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine, des Herrn Kaplan Weise. Er hob die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften hervor, wofür man ihnen danken müsse. Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften haben ein Ziel, nur wollen sie es von verschiedenen Richtungen aus erreichen. Beide

müssen sich daher ergänzen. An dem Tage, an dem die christlichen Gewerkschaften von den Feinden erdrückt würden, könnten auch die konfessionellen Arbeitervereine ihre Akten einpacken. Deshalb sollen beide Organisationen es sich zur Pflicht machen, ihre Mitglieder sich gegenseitig zuzuführen. Ein Schlüssel sei, daß das Wirtschaftsleben anscheinend sich bessere. Damit kämen auch für die Arbeiter und deren Organisationen wieder bessere Zeiten. Mit dem Vorworte, in diesem Sinne zu arbeiten, verließen wir den Begrüßungsabend.

Münster, den 4. Oktober.

Am Montagmorgen pünktlich um 9 Uhr versammelten sich die Delegierten zu ihrer eigentlichen Tätigkeit. Als Vertreter der Stadt Münster war der Stadtsyndikus, Herr Darius, erschienen, als Vertreter des Regierungspräsidenten v. Geisler Herr Regierungs- und Gewerberat Pirsch, und als Vertreter der Gewerbeinspektion die Herren Rgl. Gewerberat Dr. Jäger und Gewerbeassessor Dr. Maue.

Kollege Wiebeberg erstattete hierauf den Geschäftsbericht.

Müh' zur Lust ist eitle Mühe,  
Nutzlos wie dem Meer der Regen;  
Arbeit, die nicht andern frommet,  
Das ist Arbeit ohne Segen.

## Sozialdemokratie und Börse.

Daß die Konzentration des mobilen Kapitals, wie sie in den modernen Kulturländern, insbesondere auch in Deutschland, im Börjensektor, d. h. in dem An- und Verkauf und in der Neuausgabe von Wertpapieren, zum Ausdruck kommt, eines der leistungsfähigsten Steuerobjekte sein würde, hatte der frühere preussische Finanzminister von Miquel, der als einer der besten Finanzmänner galt, die Deutschland je besessen hat, frühzeitig erkannt.

Er trat deshalb schon als nationalliberaler Abgeordneter in den 80er Jahren, noch mehr aber, als er preussischer Minister geworden war und die Militärvorlage des Jahres 1893 für das Reich die Erschließung neuer Einnahmequellen nötig machte, für eine angemessene Besteuerung der Wertpapiere selbst, und auch für eine Steuer auf die Kaufgeschäfte in Wertpapieren ein.

Diese Steuern wurden im Jahre 1881 zuerst eingeführt, brachten jedoch, da sie sehr niedrig gegriffen waren, zunächst nur 5 Millionen  $\text{M}$  jährlich ein, im Jahre 1885 wurden die Steuerfüße etwas erhöht, so daß sich der Ertrag auf durchschnittlich 15 Millionen  $\text{M}$  jährlich steigerte. Eine weitere Erhöhung fand im Jahre 1894 statt, so daß der Ertrag auf 30 Millionen  $\text{M}$  jährlich stieg. Im Jahre 1900 wurde anlässlich des Flottengesetzes eine nochmalige Erhöhung beschlossen, so daß die Börsensteuern in den Jahren 1905, 1906, 1907 und 1908 auf durchschnittlich 50 Millionen  $\text{M}$  jährlich gesteigert wurden.

Die Finanzreform des Jahres 1909 hat die Wertpapiersteuern nochmals erhöht und zugleich eine Zinschein- und Dividendensteuer eingeführt, die den Gesamttrag der Börsensteuern, d. h. der Steuern auf Aktien und sonstige Wertpapiere, Zinscheine dieser Papiere und Kaufgeschäfte in denselben, auf fünfzig 100 Millionen  $\text{M}$  jährlich bringen wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die großkapitalistischen Kreise, welche infolge ihres ungeheuren Kapitalreichtums hauptsächlich von diesen Steuern betroffen werden, sehr wohl in der Lage sind, diese 100 Millionen zu tragen, jedenfalls viel leichter als der Arbeiter die indirekten Steuern auf Bier, Tabak und sonstige Verbrauchsgegenstände erträgt.

Um so mehr muß es auffallen, daß die sozialdemokratische Partei, welche doch antikapitalistisch sein und angeblich die Interessen der Arbeiter vorzugsweise schützen will, sich jetzt auf das heftigste gegen jede Börsensteuer gewehrt und gegen jede Besteuerung der Börse gestimmt hat, wie ihr durch alle Reichstagsprotokolle und namentlichen Abstimmungslisten ohne weiteres jederzeit nachgewiesen werden kann.

Die Gründe, welche die Sozialdemokratie für ihr sonderbares Verhalten vorgebracht hat, sind ganz nichtsjagende gewesen. Früher erklärte sie in der Regel, überhaupt keine Steuern zu bewilligen, während sie jetzt vorgibt, sie möchte eine allgemeine Steuer auf Vermögen und Einkommen



genug getan hätte, so waren die Genossen mit schuld daran. Wir haben uns jedoch an dem ganzen Vorfall nicht beteiligt, sondern sind an die praktische Arbeit gegangen und haben versucht, noch etwas herauszuschlagen. Es ist uns denn auch nach nochmaliger Verhandlung gelungen, für Utschitz einen Vertrag abzuschließen, wonach jetzt 38 Pf. und 1910 40 Pf. gezahlt werden. Also eine Lohn-erhöhung von 4 Pf. pro Stunde. Wenn wir nun hier allein abgeschlossen haben, so liegt dies daran, weil die „Genossen“ die ganze Zeit nur Unwahrheiten in allen Orten gegen uns aus- freuten. Mögen sich die Kollegen von Masfabel bei ihrer Vertung bedanken.

Nun etwas anderes! Der Gauleiter des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, Schmidt-Breslau, gibt sich die eindrucksvollste Mühe, um die Zimmerer aus unserem Verbands herauszulocken, ganze Bücher von Tarifverträgen und Verge von Flugblättern werden ihnen zugesandt, um sie von dem allein „selbständigen“ Zimmererverband zu überzeugen. Auf einer Postkarte an un- sere Vertrauensmann vom 25. September schreibt Genosse Schmidt: „Es wird jedem von unseren Kameraden klar sein, daß die Zimmerer Deutschlands keine Veranlassung haben, sich mit den Maurern und Bauhandwerkern zu einem Verbands ver- koppeln zu lassen, sondern selbständig auftreten können.“

Großspurig wie immer. Und doch wird die Entwicklung dahin führen, daß auch die „Zimmerer Deutschlands“ noch zur Verschmelzungsfrage Stellung nehmen werden.

Bei den Zimmerern in Kreuzburg, Konstadt, Nam- slau, Pilschen und Utschitz wird man jedoch wenig Glück haben; wissen doch die Zimmerer ganz gut, daß unsere Organisation allein es war, die dafür gesorgt hat, daß die Zimmerer eine Lohnzulage von 6-8 Pf. pro Stunde erhalten. Wenn in Namslau drei Kollegen dem roten Verbands angehören, so spielt dies keine Rolle. Unsere Vertrauensleute werden daher in Zukunft noch besser auf dem Posten sein als seither, und sie werden schon dafür sorgen, daß die roten Bäume nicht zu hoch wachsen.

In Landeshut ist nun ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen worden. Der Lohn beträgt jetzt 38 Pf., also 3 Pf. Zulage pro Stunde. Die Arbeitgeber haben mit uns allein ab- geschlossen, die sozialdemokratischen Verbände wurden nicht zu- gelassen, obwohl unser Vorstehender mehrmals für sie ein- getreten ist. Als Grund der Nichtzulassung geben die Arbeitgeber an, mit denen, die ihnen gedroht hätten, das Automobil un- zuverfögen, auch überall auf sie geschimpft hätten, und ferner, daß an einem Sockel eines Neubaus mehrere große Steine ausge- brochen worden seien, wollten sie nicht unterhandeln. Ob nun letzteres von den Streikenden geschehen ist, bezweifle ich, denn es wird sich doch wohl niemand an einem toten Gegenstand rächen wollen. Da die Arbeitgeber Weibert und Weiz über- haupt nicht verhandeln und angeben, Leute genug zu haben, blieben nur zwei Meister übrig, und diese beiden haben nach längeren Verhandlungen den Vertrag zu 38 Pf. unterschrieben. Für 1910 konnte nichts festgelegt werden. Da beide Meister dem Arbeitgeberbunde angehören, erklärten sie, für 1910 seien für sie die Umwälzungen des Bundes maßgebend. Da der Streik schon über 1/2 Jahr dauert und schon viele Streikbrecher arbeiteten, war nicht mehr herauszukommen. Zumal schon die Bundeshüter Arbeitgeber Nachrichten erhalten hatten, überhaupt keinen Vertrag mehr abzuschließen. So haben wir es als unsere Pflicht betrachtet, den Vertrag zu tätigen. Alle anderen For- derungen im Vertrag sind anerkannt worden. Die Genossen wollen nun weiterstreiken und halten unsere Kollegen von der Arbeit ab. Unsere Kollegen, so sagen sie, sollten so lange streiken, bis auch die Arbeitgeber mit ihnen (den roten) einen Vertrag abschließen würden.

Wie würde es nun umgekehrt sein, wenn die „Genossen“ ab- geschlossen hätten? Eine heimliche Freude hätte man gehabt, wenn man uns hätte ausschalten können. Denn schon früher hat man versucht, ohne uns zu verhandeln. Ja, man ist sogar, ohne uns etwas zu sagen, in den Streik getreten, und erst dann, als schon zwei Tage gestreikt war, wurden auf- mein Verlangen die Forderungen zusammenge stellt und den Unternehmern eingereicht. Rote Streikaktive! Die Lan- deshüter Kollegen mögen sich dessen erinnern. Eine ganze Reihe Kollegen wird dies bestätigen können.

Offentlich sehen die Landeshüter Kollegen bald ein, daß es nicht damit getan ist, wenn die „Genossen“ kommen und in der „Sonne“ den Mund recht voll nehmen; damit kann man nicht die Lage der Arbeiter verbessern. Hier hilft nur klare und zielbewusste Arbeit. Auch sind nach Aussage der Meister die Zimmerer an dem langen Streik viel schuld, denn diese haben die Arbeit gar nicht eingestellt, und sind somit vom ersten Tage an Streikbrecher.

Wenn die „Genossen“ zu unseren Kollegen Streikbrecher sagen, so läßt uns das vollständig kalt. Für uns ist in Landes- hut der Streik erledigt, und so kann jeder Kollege dort die Arbeit aufnehmen. Wenn die „Genossen“ Lust haben noch zu streiken, so können sie dies bis Weihnachten tun.

In Briesg wurde mit Maurermeister Baars ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen, wonach jetzt 40 Pf. und 1910 42 Pf. gezahlt werden; ebenfalls haben die Stein- und Kalkträger eine Zulage von 3-5 Pf., gleichfalls die Bauhilfsarbeiter eine solche.

Der Vertrag des sozialdemokratischen Maurerverbands lautet auf 38 Pf. Den Genossen scheint es nun gar nicht zu passen, daß auch der christliche Verband da ist. Schon mehrmals hat man versucht, die Kollegen wieder umzuschreiben. Ein- es Abends wurden sogar „geistige Waffen“ in Form von dicken Knütteln dazu benützt. Mander Kollege, der heute bei uns ist, hat bei den „Genossen“ trübe Erfahrungen gemacht und verzichtet daher lieber auf diese Brüderlichkeit.

Unsere Kollegen werden festhalten und sorgen, daß noch manches aufgeklärt wird unter den dortigen Bauhandwerkern, um sie unseren Reihen einzugliedern.

In Delitz schreibt die Zastelle gut voran; 65 Kollegen haben sich in kurzer Zeit zusammengeschlossen, und manches hat sich schon verbessert. Delitz steht noch außerhalb des Tarifs, und ist es jetzt Aufgabe, daß sich alle der Organisation an- schließen, damit wir auch hier unsere Löhne und die Arbeitszeit tariflich festlegen. Unsere Wünsche sind den Meistern unter- breitet, mögen sich nun auch die Kollegen von Zulkau und Schönheide zahlreich dem Verbands anschließen.

In der Grafschaft Glauch glauben die Genossen, denen der Agitationsstoff weggeschwommen war, jetzt end- lich in der Reichsfinanzreform wieder ein Mittel zur Agitation gefunden zu haben. Obergewisse und Probeparteiangehöriger Seidel weiß von nichts mehr zu reden als von dem teuren Bier und Brauntwein. Ganz nervös ist der Mann schon geworden von den vielen Neben gegen die christlichen Gewerkschaftsführer, die dies jetzt alles verächtlich haben sollen. Auf unsere Organi- sation hat man es besonders abgesehen. Mit allen Mitteln arbeitet man gegen uns. Am Rasenrennbau, wo die „Ge- nossen“ arbeiten, ist es einem Kollegen von uns kaum möglich unterzukommen. Auch scheint ein Teil der Glauch Kollegen vergessen zu haben, daß doch die Genossen schuld daran sind, daß die Lohnbewegung im Frühjahr und Sommer, die von uns ein- geleitet war, nicht so ausfiel, wie es im Interesse der Arbeiter gelegen hätte. Wurde uns doch von den Unternehmern er- klärt, daß die Sozialdemokraten ja gar keine Forde- rungen gestellt hätten und mit dem alten Lohn zufrieden seien. Na also, die „Genossen“ haben den Arbeitgebern den Rücken gekehrt, und so war es uns unmöglich, die Forderungen durchzudrücken; denn wir liefen ja Gefahr, daß die „Genossen“ schließlich die Arbeit gar nicht einstellen. Also, Kollegen, wo- hin die Arbeiterverräter? Die Grafschafter Kollegen mögen sich alle aufrufen und unserer Organisation, dem christlichen

Bauhandwerkerverbände anschließen. Wir werden dann ebenso- gut in der Grafschaft wie auch an anderen Orten bessere Ver- hältnisse schaffen. Der Maurerverband ist und bleibt ein sozial- demokratischer Verband, ebenso der Zimmererverband, und wenn es Genosse Seidel zehntmal abstreift.

In Breslau haben die Genossen schon wieder einigemal ver- sucht, die Arbeit dort einzustellen, wo Kollegen von uns be- schäftigt waren. Besonders trifft dies auch bei den Zimmerern zu. Mögen die Kollegen uns jedesmal sofort davon in Kenntnis setzen, damit wir den „Genossen“ das Handwerk legen.

**Bezirk Köln.**

**Matingen.** Die Streikbewegung am hiesigen Orte ist nun in ein ernsteres Stadium getreten. Wir berichteten in der vorletzten Nummer, daß das Düsseldorf Gerbergericht auf unsern Antrag die Unternehmer zu einer Sitzung eingeladen hatte. Der größte Konkurrent war (weil mutmaßlich bereit), zur Verhandlung nicht erschienen. Es fand daher auch nur eine allgemeine Auseinandersetzung statt und wurde die weitere Verhandlung auf den 27. September vertagt. Bei dieser zweiten Verhandlung, wo alle erschienen waren, ging es oft recht drohlich zu. Einige Unternehmer, welche schon seit Jahren dem Arbeitgeberbunde angehören, legten scharfen Protest dagegen ein, daß der Bund einseitig Löhne festsetze, worüber sie gar nicht gefragt worden wären. Der Lohn (gemeint ist Tarif- lohn) von 50 und 60 Pf. für Hilfsarbeiter und Maurer könne schon deshalb nicht bezahlt werden, weil Matingen die schlec- testen Arbeitskräfte beherberge. Unternehmer Schöffler wollte dies an einem Fall beweisen, wo ein Fabrikdirektor einen Maurer aus der Fabrik gewiesen habe, weil er noch keine 40 Pf. verdiene, dabei sei dieser Maurer schon 30 Jahre bei ihm im Geschäft. Hier weiß man wirklich nicht, über was man sich am meisten wundern soll, über den Maurer, oder den Unter- nehmer, der den Maurer beschäftigt. Die Verhandlung bröckte sich im wesentlichen besonders darum, welcher Lohn im nächsten Frühjahr gezahlt werden soll. Eine Festsetzung der Löhne im August ergab folgendes Resultat. Von den bei der Firma Bovers beschäftigten Maurern erhielten: 1 Maurer 52 Pf., 5 Maurer 50 Pf.; Hilfsarbeiter 40-42 Pf.; bei der Firma Schmeißer erhielten: 1 Maurer 60 Pf., 3 55 Pf., 9 52 Pf., 1 45 Pf., 1 30 Pf.; Hilfsarbeiter erhielten einen Stunden- lohn von 40-44 Pf. Bei den anderen Unternehmern liegt die Sache noch trauriger. Die Kollegen tragen selbst die Schuld, daß solche Verhältnisse fortbestehen können. Einige Unterneh- mer wollen nun bis zu 57 Pf. im nächsten Frühjahr hinaufgehen, während andere an dem Standpunkt festhalten, nur nach Vertung zu zahlen. Die Organisationen mußten am Tariflohn fest- halten, und somit war auch die zweite Verhandlung resultatlos verlaufen. Betonen müssen wir leider, daß auch bei der Ver- handlung wieder zum Ausdruck kam, die Organisationen und deren Vertreter seien die Feinde, welche das sonst so friedliche Matingen und deren Bauarbeiter in hessen Aufbruch verwehrt hätten. Die Humanität und das große Entgegenkommen, worauf die hiesigen Unternehmer so sehr pochen, erhält aber einen starken Riß, wenn man sieht, daß die Kündigung vom 1. April bis 15. September festgesetzt wird. Die Situation steht für uns noch gut, Arbeit ist genügend vorhanden. Mit den vorhandenen Streikbrechern lassen sich die Bauten diesen Herbst nicht alle fertigstellen. Mögen die Kollegen auf der Hut sein, dann wird auch bald hier die Zeit kommen, wo man uns besseres Verständnis entgegenbringt.

**Aachen.** 30. September. (Stukkateure.) Unser Kampf, der am 2. Juni begann, somit volle 17 Wochen gedauert hat, ist beendet. Am 30. September ist die Arbeit wieder auf- genommen worden. Ein Tarifvertrag ist abgeschlossen, welcher allerdings nur bis 31. März 1910 Geltung hat, weil dann ja die allgemeine Regelung im Baugewerbe vor sich gehen soll. Die Aachener Unternehmer im Stuckgewerbe wollen dann auch dabei sein. Unseren Kollegen ist bekannt, daß der Kampf aufgenommen werden mußte, weil die Unternehmer uns folgende Verschlechterungen aufzwingen wollten:

1. Der Arbeitgeber sollte nach seinem Ermessen in dringen- den Fällen die Arbeitszeit anderweitig regeln können.
2. 2 Pfg. weniger Lohn zugestehen, wie im alten Tarif festgelegt war.
3. 20% Lohneinkaltung für Beiputzarbeiten und Garantie.
4. Unbedingte Einführung der Akkordarbeit.

Gegen diese Verschlechterungen mußte der Kampf auf- genommen werden. Dazu kam, daß die Unternehmer in diesem Frühjahr jede Verhandlung ablehnten, mit dem Vorwande, mit der „freien“ Gewerkschaft nicht verhandeln zu wollen. Der Kampf wurde gemeinsam mit dem „freien“ Verbands geführt. Es muß gesagt werden, daß die Einigkeit unter den Kollegen vorzüglich war, und dieser ist es auch zuzuschreiben, daß die Unternehmer zur Einsicht gekommen sind. Verhehlen wollen wir uns aber nicht — und es ist notwendig, dieses zu sagen —, daß die Räumung des Kampffeldes durch Abreisen der Kollegen nicht genügend geschehen ist und dadurch der Kampf um so schwerer und länger geworden ist. Möge man doch eine Lehre für die Zukunft daraus ziehen! Andererseits waren es die hierorts zahlreichen Kleinmeister, welche selbst mitarbeiteten und sich noch ein Söhnchen oder angelehn- ten Handlanger zur Hilfe nahmen und nun fest darauf murksten. Diese sahen in dem Streik eine willkommene Gelegenheit, um mal recht viel Geld zu verdienen. Die Bauherren sind denn auch gehörig geschöpft worden. Die reinen Apotheker- preise wurden verlangt. Die Hauptstückgeschäfte waren denn auch geneigt, in den Versammlungen ein Entgegenkommen zu zeigen. Sie wurden aber durch die größere Zahl der Klein- meister überstimmt. Dadurch wurde der Kampf in die Länge gezogen. Obwohl die beiden Organisationen das größte Ent- gegenkommen gezeigt hatten, um zur Einigung zu kommen, lehnten die Unternehmer in ihrer Versammlung die Vermitt- lungsvorschläge ab. Am 20. September wurde beschlossen, die Taktik dahin abzuändern, daß bei all den Unternehmern und Bauherren, welche unsere Forderung anerkennen, die Arbeit aufgenommen werden soll. Infolge dieses Beschlusses erklärten sich einige Unternehmer bereit, den Tarif zu unterschreiben. Nunmehr berief der Arbeitgeberverband eine Sitzung der Kom- missionen beider Parteien ein und erklärte, den Tarifabschluß tätigen zu wollen, den ihre vorige Versammlung abgelehnt hatte. Somit ist nun folgender Lohn zustande gekommen: Für Stukkateure 57 Pf., ab 1. März 1910 58 Pf., für Pliesterer 47 Pf., ab 1. März 1910 48 Pf.; vorausgesetzt, daß sie dieses auf Grund der Akkordsätze, welche die gleichen wie früher geblieben sind, verdienen. Für berufliche Bauhilfsarbeiter gilt der Lohnsatz, wie er im Tarif für das Maurergewerbe festgelegt ist. Die Akkordarbeit wird unter folgenden Bedin- gungen angenommen: Akkordarbeiten sind auf ganzen Bauten resp. Fassaden und nur im Kolonnensystem zulässig. Zwischen- meister sind ausgeschlossen, d. h. jeder Mitarbeiter ist voll- berechtigter Teilhaber auch an dem ev. überschießenden Akkord- gewinn. Der Tarif gilt bis 31. März 1910. Es ist kaum zu begreifen, daß die Unternehmer es zu einem solchen Kampfe kommen lassen konnten. Sie haben aber gesehen, daß die Einigkeit der Kollegen ihre Pläne durchkreuzt hat. Der Friede ist nunmehr wieder da, vielleicht nur für eine kurze Dauer. Jetzt heißt es, das durchgeführt, was vereinbart ist, und das gefordert, was den Kollegen zusteht. Jahrelang haben die hiesigen Stückgeschäfte die Kollegen nach Willkür entlohnt. Die eigenartigen Verhältnisse wollten keinen einheitlichen Lohn aufkommen lassen. Nach den früheren Statistiken waren hier stets 21-26 Lohnklassen unter den Stukkateuren und Pliester- rern. Mögen die Kollegen das nun beherzigen und durch- führen, was ihnen in den letzten Versammlungen ans Herz gelegt wurde, damit mal gesunde Verhältnisse kommen. Jetzt

gilt es, zu zeigen, aber auch das zu achten, was man schon zu- gerat hat, nämlich die Organisation. Dieselbe hochzuhalten und ihr treuzubleiben ist die erste Pflicht eines jeden Kollegen. Halten wir fest zusammen, sind wir einig und gegenseitig offenerzig; zeigen wir fernerhin Solidarität und Opferwillen, dann sind wir gegen alle Schäden und Kämpfe gesichert.

**Verbandsnachrichten.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag- morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Maurer.**

**Bischofsberg (Ostpr.).** Eine außerordentliche Generalver- sammlung fand hier am Sonntag, den 26. September, statt. Kol- lege Schönell sprach zunächst über die Aufgaben der Bischofs- burger Kollegen für die Zukunft. Sodann erfolgte die Neu- wahl des Vorstandes und der Kassentoren. Als erster Vor- sitzender wurde neu gewählt Andreas Biondel, wohnhaft Brun- nenstraße 4, Kassierer Albert Nagel wiedergewählt, als Schrift- führer Hermann Kroll, Hospitalstraße 21, wiedergewählt. Als Revisoren die Kollegen Joseph Wunderlich und Eduard Grün- wald. Zu Hilfskassieren die Kollegen Grähke und Stübki. Kollegen von Bischofsberg, legt nun endlich die Interessenslosig- keit beiseite und schart auch um die Fahne der christlichen Organi- sation. Mit der Rennewahl des Vorstandes muß neuer Ver- ein in die Kollegenschaft eingehen. Die nächste Mitgliederversam- lung findet am Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, statt. In derselben wird Bericht über den Verbandstag in Münster gegeben werden.

**Detmold.** Im Winter 1905/06 machte sich unter den hie- sigen Kollegen der Gedanke fühlbar, sich zu organisieren; trotz- dem hier schon der „freie“ Verband Fuß gefaßt hatte, wurde auf Anregung der Kollegen Bernhard Bokemann, Karl Kemper und Heinrich Markwart im Anfang März genannten Jahres ein „reiner“ Verbandes gewonnen. Leider konnte in der ersten Sitzung... eine Versammlung nicht zur Gründung geschritten werden, da, wie bekannt, die erschienenen „Genossen“ das ver- eitelten. In der darauf folgenden Versammlung am 15. März 1906 wurde die Verwaltungsstelle Detmold gegründet. Es ließen sich sofort 31 Kollegen aufnehmen, und stieg die Zahl der Mitglieder nun fortwährend. Bei Gründung der Verwal- tungsstelle stand der Lohn für Maurer auf 38 Pf., für Zimmerer auf 35 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Ende März 1906 wurde eine Lohnforderung an die Arbeitgeber eingereicht, die aber mit einem Nein beantwortet wurde. In einer weiteren Ein- gabe wurde ein Termin festgelegt, wann die Lohnerhöhung eintreten sollte; doch die Arbeitgeber beharrten auf ihrem Standpunkt. So wurde denn im Monat Mai in einer sehr stark besuchten Bauhandwerkerverammlung der Streik der Maurer beschlossen. Die Kollegen kämpften Mann für Mann mit der Überzeugung, daß es für eine gerechte Sache galt, und sie es ihren Familien gegenüber schuldig waren, ihre Vorklage etwas zu erleichtern. Nach achtwöchigem Kampf wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurde folgender Lohnvertrag aufge- stellt: Der Stundenlohn steigt sofort von 38 auf 41 Pf., vom 1. April 1907 auf 44 Pf. und vom 1. Juli 1907 auf 45 Pf. Die Zimmerer erreichen durch friedliche Verhandlung eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 Pf. auf 42 Pf. und vom 1. Juli 1907 ab eine solche auf 44 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Der jetzige Stand des Stundenlohnes be- trägt für Maurer 46 Pf., für Zimmerer 45 Pf. Aufgenommen wurden 168 Kollegen, abgemeldet 56, zugereist sind 9, aus- getreten 4, ausgeschieden 1 und gestorben 4. Außerdem wird jetzt an den Tagen vor den drei hohen Festtagen eine Stunde früher Feierabend gemacht. Darum auf ihr Kollegen, seht mit neuer Kraft für die gute Sache ein, denn nur die vereinten Kräfte und die Einigkeit können uns zum Ziele führen.

**Gerolstein.** Am Sonntag, den 26. September, fand hier- selbst in der Restauration Moog eine öffentliche Bauarbeiter- versammlung statt. In derselben referierte Kollege Beder- Cöln über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammen- schlusses, sowie über Zweck und Ziel des Zentralverbandes christ- licher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Nach dem Referat ließen sich 7 Kollegen aufnehmen, so daß unsere neugegründete Zastelle nunmehr 20 Mitglieder zählt. Nach- dem der Referent sodann einige Anfragen beantwortet und das Statut erläutert hatte, erfolgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Peter Reinert, als zweiter Vorsitzender Kollege Friederex. Als erster Kassierer Kollege Michael Mainz, als zweiter Kassierer Kollege Garten, als erster Schriftführer Kollege Christian Krämer, als zweiter Schriftführer Kollege Geep. Zu Vertrauensleuten wurden die Kollegen Stabler und Schmitz gewählt. Sämtliche Kollegen versprachen, getreulich ihres Amtes zu wachen, zum Wohle der Kollegenschaft. Es ist nachgerade an der Zeit, daß auch hier in der Eifel sich der Gewerkschaftsgedanke immer mehr Bahn bricht, denn die hiesigen Verhältnisse im Baugewerbe sind sehr ver- besserungsbedürftig. Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, von Schutz für Leben und Gesundheit auf den Baustellen keine Spur, so ist das Verhältnis, wie dieses überall der Fall ist, wo die Organisation noch keinen festen Fuß fassen konnte. Doch wenn es der Organisation möglich war, unter ähnlich schwierigen Verhältnissen, wie sie hier vorhanden sind, erhebliche Vorteile für die Kollegen zu erringen, dann kann dieses hier in der Eifel nicht unmöglich sein. Durch Einigkeit und Solidarität werden auch wir es dahin bringen, daß wir Anteil haben an den Kulturerrungenschaften der Gegenwart. Darum wollen wir nicht ruhen, noch rasten, bis auch der letzte Kollege dem Ver- bande zugeführt ist. Keinen unorganisierten Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter darf es in Zukunft in Gerolstein mehr geben, dann sind wir durch die Organisation auch in der Lage, dasjenige zu erreichen, was im Interesse unserer Familien und unserer selbst liegt. Das Wohl unserer Familien verlangt dringend, daß wir geschlossen, Schulter an Schulter, unsere ge- meinsamen Interessen wahren. Darum auf zu eifriger Agitation.

**Hannover (Westpr.).** Am Sonntag, den 26. September, fand hier eine Versammlung christlicher Bauhandwerker statt, zwecks Gründung einer Verwaltungsstelle. Kollege Müller aus Danzig legte Zweck und Ziele der christlichen Bauhandwerker- organisation dar. Er hob besonders hervor, daß ein christlich und national gesinnter Mann sich nicht in den sozialdemokra- tischen Verbänden organisieren darf, wenn er nicht Verrat an seiner Ueberzeugung üben will. Sämtliche Anwesende erklärten sich einverstanden, daß sie behufs ihrer wirtschaftlichen In- teressenvertretung in einer Organisation sein müssen, und dies kann für sie nur der christliche Verband sein. In den Vor- stand wurden folgende Kollegen gewählt: Karl Willmod als Vorsitzender, August Schumann als Kassierer, Ferdinand Krause als Schriftführer. Möge der christliche Verband gute Fort- schritte machen.

**Hannover.** 15. September. Auf der Tagesordnung unserer heutigen Generalversammlung standen sehr wichtige Punkte. Der Verwaltungsvorstand hatte sämtliche Kollegen schriftlich zu der Versammlung eingeladen. Trotzdem war nur der sechste Teil der Kollegen erschienen. Es ist eigentümlich, daß es fast immer dieselben sind, die den Weg aus ihrem Schlafgemach nicht finden können. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die feste Anstellung des Lokalbeamten. Der Vorsitzende legte in kurzen Worten die Bewegung, Anstellung und die Geschäftsfüh- rung unseres bisherigen, auf Probe angestellten Lokalbeam- ten Schneider dar. Kollege Schneider erbat sich alsdann selbst

Bericht über seine Geschäftsführung. Daraus war zu entnehmen, daß ein guter Fortschritt unserer Verwaltungsfälle nach allen Seiten hin zu konstatieren ist. Die beiden Revisoren Zwillingmann und Dohse erklärten, daß sie die Kasse und die Bücher in bester Ordnung befunden hätten, worauf die Entlastung erteilt wurde. Es wurde dann zur Wahl geschritten. Kollege Schreiber wurde einstimmig als Lokalbeamter endgültig angestellt. Er erklärte, das Amt anzunehmen und versprach den Mitgliedern, in Zukunft genau so zu arbeiten wie bisher. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf: Wie stellen wir uns zu unserem Orts- und Bezirksverband? Nach Beratung derselben wurden eine Reihe Vorschläge angenommen. Eine neue Geschäftsordnung soll sich an diese anschließen. Diefelbe ist vom Lokalbeamten ausgearbeitet und von der Versammlung angenommen worden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Marktrebwig.** In Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ wurde über die Lohnbewegung der roten Maurer und Bauhilfsarbeiter berichtet und zugleich der Wunsch ausgesprochen, daß diese „sehr gut vorbereitete“ Lohnbewegung zum Nutzen der ganzen Bauarbeiterchaft ausfallen möge. Heute können wir konstatieren, daß wir damals recht hatten, denn die ganze Bewegung ist im Sande verlaufen. Am 8. September war hier eine allgemeine Bauarbeiterversammlung, zu welcher der Bauleiter Merkel (vom soziald. Maurerverband) anwesend war. Der Bericht der Versammlung war ein schlechter, deshalb war es dem Referenten ein Leichtes, erklären zu können: „Der schlechte Bericht bedeutet, daß für heuer die Lohnbewegung abgebrochen werden muß, denn die Frucht, die wir gesät haben, ist noch nicht reif.“ — Sehr bezeichnend ist auch, daß von der ganzen Zahlstelle, welche angeblich 70—80 Mitglieder zählen soll, kein einziger dabei ist, der ein Amt als Vorsitzender und dgl. übernehmen will, so daß „Herr Parteisekretär Weiß“ die ganzen Geschäfte machen muß. Wenn wir betrachten, wie genannter Weiß in einer öffentlichen Versammlung am 23. Mai ironisch erklärte, daß in Marktrebwig 17 Maurer christlich organisiert sind, und trotzdem seien die elenden Lohnverhältnisse noch nicht im mindesten gebessert worden, deshalb sei es Aufgabe der auswärtigen Kollegen (Böhmen), hier Nemebur zu schaffen, indem auf die Christlichen überhaupt nicht zu rechnen ist, und die jetzige Situation dagegenhalten, so können wir sagen, daß der Kampfesmut des Herrn Weiß stark in die Brüche gegangen ist. Hier kommt halt auch zur Geltung, daß mit großen Worten eine Lohnhöhung nicht zu erreichen ist, sondern nur mit praktischer Gegenwartsarbeit. Deshalb, Kollegen, hinein in eine Organisation, welche derartige Arbeit leistet, hinein in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

**Scherfede.** Unsere Zahlstelle wurde gegründet im Oktober 1905 durch den Kollegen Gumbach aus Kassel und trat im März 1906 in Kraft. Es traten 11 Kollegen bei. Der Lohn war damals 3,50 M pro Tag bei 12stündiger Arbeitszeit. Jetzt dagegen haben wir eine 10stündige Arbeitszeit und 40 Pf. pro Stunde. Wahrscheinlich ein guter Erfolg. Lohnkämpfe sind bis heute von uns ferngeblieben, dank der Einigkeit der Kollegen. Darum möchte ich jedem Kollegen zurufen: Haltt fest zu unserer Organisation!

**Soet.** Unser Verband wurde hier im Oktober des Jahres 1905 durch den Kollegen Schmeißer gegründet. Es traten demselben 4 Kollegen bei. Durch eifrige Agitation stieg die Zahl der Mitglieder im Laufe des Winters auf 20. Der Lohn betrug damals bei 10stündiger Arbeitszeit für Maurer 40 Pf., für Zimmerer 35 Pf., für Dachbeder 40 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 30 Pf. Lohnbewegungen wurden zwei geführt. 1906 im Februar legten wir den Zimmermeistern einen Tarifentwurf mit einer Mehrlohnforderung von 5 Pf. pro Stunde vor. Die Unternehmer gingen auf Verhandlungen ein und wurde im März eine gemeinsame Sitzung anberaumt. Der Tarif wurde von den Unternehmern anerkannt, der Lohn stieg am 1. Mai für die Kollegen um 3 Pf., 1907 am 1. April wiederum um 2 Pf.; nur die Zimmerer blieben auf 43 Pf. stehen. Im Jahre 1907 am 1. Oktober wurde der Tarif von uns gefordert, um Verbesserungen, sowie für die Zimmerer noch 2 Pf. Lohn-erhöhung zu erlangen. Hierauf hatten die Unternehmer nichts Günstigeres zu tun, als sich dem Arbeitgeberbund anzuschließen. Sie ließen uns die Nachricht zukommen, daß die Verhandlungen vom Arbeitgeberbund in Eisen geführt würden. Somit wurden wir 1908 dem rheinisch-westfälischen Tarifgebiet angegeschlossen. Der Lohn blieb für Maurer und Bauhilfsarbeiter auf 45 und 35 Pf. stehen. Die Zimmerer erhielten 45 Pf. und die Dachbeder 48 Pf., bei 10stündiger Arbeitszeit. Der Verband hatte sich im Jahre 1907 bis auf 50 Mitglieder vermehrt; 1908 kehrten, da keine Lohnaufbesserung erzielt wurde, viele Kollegen dem Verbande den Rücken. Auch hatten wir in Sertlinghausen eine Zahlstelle errichtet, der sich 10—12 Kollegen angeschlossen hatten, aber durch Wiberjüngigkeit einiger Kollegen ging die Zahlstelle dort alsbald wieder ein. Unsere Verwaltungsstelle hat somit jetzt noch einen Bestand von 27 treuen Kollegen.

**Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose im Verkehrsweisen** sind sehr mannigfaltig. So werden die Personenwagen nach jeder längeren Fahrt mit Vakuumapparaten gereinigt oder vorschriftsmäßig mit Sodalauge und einer Karbol-Lösung aufgewaschen. — Der ärztliche Bahndienst wird vor allem zur Tuberkulosebekämpfung herangezogen. Bei jeder Direktion besteht ein bahnärztlicher Verein, der in regelmäßigen Versammlungen auch die Bekämpfung der Tuberkulose bespricht. An zahlreichen Orten wird polizeilicherseits Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Anstalten, Kaufleuten sowie Inhabern von öffentlichen Lokalen, Herbergen, Gast- und Schankwirten zur Pflicht gemacht, eine entsprechende Anzahl mit Wasser zu füllende Spundnäpfe aufzustellen, das Aussputzen auf den Fußboden durch Anschlag zu verbieten und das vom Kaiserlichen Gesundheitsamte bearbeitete Tuberkulose-Merkblatt in den Geschäfts-, Fabrik- und Verkehrsräumen auszuhängen.

**Die Invalidenhauspflege.**

Nach § 26 des Invalidenversicherungsgesetzes kann von den Vorständen der Landesversicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen die Bestimmung getroffen werden, daß Rentenempfänger auf ihren Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhaus oder in ähnliche von anderer Seite unterhaltene Anstalten auf Kosten der Versicherungsanstalt zu gewähren ist. Diese Invalidenhauspflege ist namentlich für solche Rentenempfänger von hohem Wert, die ganz allein dastehen oder die an einer unheilbaren Krankheit leiden. Solche Rentenempfänger können in einer eigens dafür eingerichteten Anstalt weit besser versorgt und versorgt werden, als wenn sie von ihrer Rente selbst für ihr Unterkommen sorgen müßten. Die Vorstände der Landesversicherungsanstalten haben dieser Art der Invalidenversorgung in den letzten Jahren ein steigendes Interesse zugewendet, und vielleicht würde die Invalidenfürsorge durch Aufnahme in geeignete Anstalten noch größere Aufmerksamkeit gefunden haben, wenn nicht oft genug noch diese Art der Fürsorge mit Mißtrauen betrachtet würde. Im Jahre 1904 waren von den Trägern der Invalidenversicherung erst 4 eigene Invalidenhäuser errichtet, im Jahre 1907 bestanden bereits 10 eigene Invalidenhäuser und im Jahre 1908 hatten die Landesversicherungsanstalten 17 zugelassenen Kasseneinrichtungen bereits 15 eigene Invalidenhäuser, außerdem war noch eine Anstalt gemietet und weiter wurden in 261 fremden Anstalten Rentenempfänger aufgenommen. Insgesamt sind im vergangenen Jahre 2341 Invaliden in der Anstalts-pflege versorgt worden. Am größten war die Zahl der auf diese Weise unterstützten Rentenempfänger im Gebiet der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz mit 487 Personen, in Westfalen mit 317 Personen, in Schlesien mit 245 und in Thüringen mit 176 Personen. Ueber je 100 Rentenempfänger wurden noch in Anstalten versorgt in Hannover, in den Bundesstaaten Oldenburg, Sachsen und Württemberg und weiter von der Pensionskasse der Arbeiter der Preussisch-Oesterreichischen Eisenbahnen. Die Kosten für diese Invalidenhauspflege waren außerordentlich schwankend, denn der Aufwand für den Kopf und Tag schwankte zwischen 75 Pf. und 9,59 M; im allgemeinen waren die Kosten in den eigenen Anstalten höher als in fremden Anstalten.

**Soziale Rechtsprechung.**

**Haftung des Baugelgebers für Lohnforderungen.** Ein Berliner Bauunternehmer, der in Spandau einen Neubau begonnen hatte, war zahlungsunfähig geworden. Zu seinen Haftungsverbindlichkeiten gehörte auch die Lohnforderung eines Maurers in Höhe von 60 M. Der Mann verklagte sowohl den Unternehmer, als auch den Baugelgeber, einen Berliner Steinhändler, wegen dieser Forderung. Von den Beklagten war nur der letztere erschienen. Da aller Voraussicht nach von dem Bauunternehmer Geld nicht zu erhalten war, so verurteilte das Spandauer Gewerbegericht den Baugelgeber zur Zahlung, obwohl kein Beweis dafür vorlag, daß er mit der Bauausführung irgend etwas zu tun gehabt, dem Kläger einen Auftrag erteilt oder für seine Forderung Bürgschaft geleistet hätte. Die Entscheidung des Gewerbegerichts erfolgte gegen die Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer.

**Aus dem Gesamtverband.**

**Personalveränderungen in den christlichen Gewerkschaften.** Im Zentralblatt, Nr. 19, werden folgende Veränderungen vom Vorstand des Gesamtverbandes bekanntgegeben: Aufhebung des schlesischen Sekretariats des Gesamtverbandes. Der seit mehreren Jahren als Bezirkssekretär des Gesamtverbandes für Schlesien tätig gewesene Kollege Bloger wird ab 1. Oktober vom Holzarbeiterverbande als Beamter übernommen. Da namentlich die Verbände der Bergarbeiter, Bauhandwerker, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Keramarbeiter, Heimarbeiterrinnen usw. in Schlesien bereits je einen oder mehrere Beamte stationiert haben, wird von einer Neubestellung des schlesischen Sekretariats durch den Gesamtverband Abstand genommen. Die Verbände ohne besetzten Bezirksleiter in Schlesien mögen nunmehr solche, soweit dieses bisher noch nicht der Fall war, nebenamtlich berufen.

**Adressenwechsel des mitteldeutschen Bezirkssekretariats des Gesamtverbandes.** In einer Bezirkskonferenz der Funktionäre der christlichen Gewerkschaften an der Saar wurde beschlossen, die dortigen christlichen Gewerkschaften agitatorisch einheitlicher zusammenzufassen und zu diesem Zwecke einen Kartellsekretär anzustellen, und zwar den jetzigen Bezirksbeamten des Gesamtverbandes für Mitteldeutschland, Kollegen Balthus. An dessen Stelle wurde der Kollege Butscher (seither Eisenach) berufen. Butscher war seither schon neben dem Kollegen Waltrusch in dessen Bezirk hervortragend agitatorisch tätig. Die Adresse bleibt bis auf weiteres unverändert und ist somit: **Valentin Butscher, Erfurt, Albrechtstraße 31.**

**Briefkasten.**

Nach **Soloth.** Ordnungshalber muß sich der Kollege der ortsbüchlichen Einziehung der Beiträge und Verbreitung des Organs, was doch jedenfalls auf einem Versammlungsbeschlusse beruhen dürfte, fügen. Das Beste ist, die beiden vertragen sich. Gruß.

**Literarisches.**

„Soll ich Milch trinken?“ In einem Broschürchen sind die Fragen erörtert, wann, wo, wie und warum man Milch trinken soll. Die Milch nimmt zweifellos im öffentlichen Verkehr als Genussmittel noch nicht die Stelle ein, die ihr eigentlich zustände, wie sie auch in mancher Arbeiterfamilie nicht entsprechend ihres Nahrungsmittelwertes bewertet wird. Darüber Aufklärung zu verschaffen, liegt außerordentlich im Interesse einer freien Arbeiterchaft. Die Broschüre kommt diesen Bestrebungen entgegen. Sie verdient deshalb, nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von deren Familienangehörigen gelesen zu werden.

Die Broschüre eignet sich daher zum Massenabsatz und kann von den Ortsgruppen in jeder gewünschten Anzahl zum Preise von 5 Pf. pro Stück zuzüglich Porto bezogen werden.

**Bekanntmachungen.**

Maurer und Zimmerer für dauernde Arbeit gesucht. Sofort zu melden bei **Pfeffer, Breslau, Mauritusplatz 4.**

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 156 106, lautend auf **Johann Spedbrod** von der Verwaltungsstelle **Waltrop.**

**Bezirk Breslau.**

Der Bezirksvorstand hat beschlossen, an nachstehenden Orten Versammlungen abzuhalten mit der Tagesordnung „Das Jahr 1910 und die Aufgaben der Bauarbeiter.“ Die Vorstände der Zahlstellen werden ersucht, für gute Bekannmachung durch Zeitungen und Flugblätter Sorge zu tragen. Auch soll an den Sonntagen überall die Hausagitatorien vorgenommen werden. Versammlungen finden statt:

- Referent Kollege **Pfeffer** - Breslau:
- Senftenberg: Sonntag, den 10. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Bernsdorf: Montag, den 11. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Kreuzburg: Donnerstag, den 14. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Habelschwerdt: Sonntag, den 17. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Landau: Sonntag, den 17. Oktober, mittags 4 Uhr.
  - Clay: Montag, 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Landeshut: Dienstag, den 19. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Glogau: Mittwoch, den 20. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Sagan: Donnerstag, den 21. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Ostrik: Sonntag, den 24. Oktober, mittags 4 Uhr.
  - Görlitz: Sonntag, den 24. Oktober, morgens 11 Uhr.
- Referent Kollege **Kruppa** - Breslau:
- Zultau: Sonntag, den 10. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Schöneiche: Sonntag, den 10. Oktober, mittags 4 Uhr.
  - Delz: Montag, den 11. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Trebnitz: Dienstag, den 12. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Brieg: Mittwoch, den 13. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Münsterberg: Donnerstag, den 14. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Schweidnitz: Freitag, den 15. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Wirschitz: Sonntag, den 17. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Kreuzendorf: Sonntag, den 17. Oktober, mittags 4 Uhr.
  - Karlsmarkt: Montag, den 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
- Referent Kollege **Bocher** - Kreuzburg:
- Georgenwerf: Sonntag, den 10. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Alt-Budkowitz oder Bobland: Sonntag, den 10. Oktober, mittags 4 Uhr.
  - Bitschen: Montag, den 11. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Ushüh: Dienstag, den 12. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Reippen: Mittwoch, den 13. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Schilberg: Donnerstag, den 14. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Ramslau: Freitag, den 15. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Konstanz: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
  - Woschütz: Sonntag, den 17. Oktober, morgens 11 Uhr.
  - Conradau: Sonntag, den 17. Oktober, mittags 4 Uhr.

Referent **Kruppa**:

- Schönbürg: Sonntag, den 24. Oktober, morgens 10 1/2 Uhr.
- Görtelsdorf: Sonntag, den 24. Oktober, mittags 1 1/2 Uhr.
- Grüßau: Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 6 1/2 Uhr.

Referenten **Müller** und **Rabus** - Breslau:

- Wartenberg: Sonntag, den 24. Oktober, mittags 11 1/2 Uhr.
- Schawone: Sonntag, den 24. Oktober, mittags 11 Uhr.
- Reinerz: Dienstag, den 19. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
- Alt-Geibe: Mittwoch, den 20. Oktober, abends 6 1/2 Uhr.
- Paischkau: Sonntag, den 24. Oktober, mittags 11 Uhr.

Die Versammlungen müssen, so wie festgelegt, gut vorbereitet und abgehalten werden. Wichtige Verlegung der Versammlung melde man mir sofort. Jeder Kollege muß nun sorgen, daß die Versammlungen gut besucht werden, ebenso muß jeder Kollege es sich zur Ehre anrechnen, bis dahin ein Mitglied dem Verbands zuzuführen. **G. B. Pfeffer, Bezirksleiter, Breslau 8, Telefon 4226.**

**Einladung zum Bezirksstag in Breslau!**

Auf Grund des § 8 unseres Statuts und im Einverständnis des Zentralverbandes berufe ich für sämtliche Zahlstellen im Bezirk Breslau auf **Sonntag, den 7. November**, morgens Punkt 10 1/2 Uhr, die diesjährige

**Bezirks-Konferenz**

nach Breslau, im Verkehrslokal der Christlichen Gewerkschaften Mauritusplatz 4, ein.

**Tagesordnung:**

1. Bericht über den Stand der Zahlstellen und unsere dies-jährigen Lohnbewegungen. Referent Kollege Pfeffer.
2. Die bevorstehenden Lohnbewegungen 1910 und die Aufgaben unseres Verbandes. Referent Verbandsvorsitzender Kollege Wiedeberg-Berlin.
3. Bericht über die Verbands-Generalversammlung in Münster. Referent Kollege Davied.
4. Beitragsregulierung und Zentralisation. Referent Kollege Boga.
5. Anträge. Winteragitation und Wahl des Bezirksvorstandes. Referent Kollege Pfeffer.

Nach jedem Vortrag ist eine kurze Diskussion und mögen sich die Delegierten auf die Tagesordnung vorbereiten, damit nur Sachliches und Zweckförderndes vorgebracht wird.

Laut § 8D unseres Statuts hat jede Zahlstelle einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten tragen die Lokallassen. Verbandsmitglied! Da der diesjährige Bezirksstag von sehr großer Bedeutung ist, möchte ich ersuchen, daß nicht nur die Delegierten, sondern auch die Mitglieder, soweit es ihnen eben möglich ist, am Bezirksstag teilnehmen.

Der Besuch des Bezirksstages ist insbesondere Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes und Vertrauensmannes, gilt es doch das Ansehen des Verbandes zu wahren und seine Stellung zu festigen. Breslau ist von allen Seiten am besten zu erreichen und können abends gegen 6 und 7 Uhr alle wieder nach Hause fahren. Der Bezirksstag dient zur allseitigen Aufklärung, und es ist deshalb nicht nur notwendig, daß in jedem Verbandsort des Bezirkes Delegierte zur Teilnahme an der Veranstaltung gewählt werden, sondern daß sich die Mitglieder selbst zahlreich am Bezirksstag beteiligen. Zugelassen werden alle Kollegen, die sich durch Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches legitimieren können. **G. B. Pfeffer, Bezirksleiter.**

**Versammlungskalender.**

**Brechenberg.** Am Sonntag, den 10. Oktober, Versammlung Sonntag, den 10. Oktober, vorm. 11 Uhr, in **Dypke**, im Schönbühse, Versammlung. Um 1/4 Uhr Versammlung in **Proskau** b. Herrn **Galuschke**, „Gasthaus Deutsches Haus“.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Die Gemeinden als Unternehmer.** Nachdem bereits auf der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik die Frage der Gemeindebetriebe ziemlich ausgiebig erörtert worden ist, verlohnt sich auch ein näheres Eingehen auf die Frage, welche Bedeutung die Gemeindeunternehmungen im Laufe der Zeit angenommen haben. Bei den Gemeindebetrieben sind zunächst zwei Gruppen zu unterscheiden, die Betriebe, die hauptsächlich der Gesundheitspflege, der öffentlichen Wohlfahrt oder einem ähnlichen öffentlichen Interesse dienen und die anderen Gemeindebetriebe, die zwar auch dem öffentlichen Interesse dienen, die aber doch in der Hauptsache einen wirtschaftlichen Zweck erzielen wollen. Beide Gruppen von Gemeindebetrieben sind in den letzten Jahren in der Entwicklung der Städte, mit der bedeutenden Bevölkerungszunahme und mit den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ganz wesentlich größer geworden und eine noch größere Ausbreitung der Gemeindebetriebe ist fernerhin zu erwarten. Die Erkenntnis, daß auch die Gemeinden wirtschaftliche Unternehmungen führen können, hat sich gerade in Deutschland sehr langsam verbreitet. Bis weit in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinein existierten fast gar keine Unternehmungen in deutschen Gemeinden, die als überwiegend wirtschaftliche Betriebe hätten bezeichnet werden können, und erst als der „Municipal-sozialismus“ in den englischen Städten rege Fortschritte zu machen begann, wurde auch in Deutschland nach und nach anerkannt, daß Gemeindebetriebe ebenfalls eine Erlaubnisberechtigung haben und mit Nutzen arbeiten können. Zuerst wurden Krankenhäuser, Sanalisation, Straßenreinigung in städtischen Betrieben übernommen, dann wurden nach und nach auch noch andere Betriebe von den Gemeindeverwaltungen aufgenommen: Sparkassen, Schlacht- und Viehhöfe, Markthallen, Lagerhäuser, Hafenanlagen, Bibliotheken, Leihbibliotheken, Straßenbahnen, Elektrizitätswerke usw. usw. Bisher werden in den nächsten Jahren wiederum neue Arten von Betrieben in die Gemeindeverwaltungen übergeben, so daß die Gemeindebetriebe für das Leben der Städte von einer immer höheren Bedeutung gewinnen. Welche Bedeutung die Gemeindebetriebe schon jetzt haben, zeigt die Tatsache, daß allein Berlin annähernd 20000 und Hamburg 15000 Arbeiter in kommunalen Betrieben beschäftigt.